

## **Exponat des Monats**

**März 2016**

### Schreiben Bundeskanzler Konrad Adenauers an den Bundesminister für Wirtschaft, Ludwig Erhard, vom 14. März 1950

Die Sitzungen des Bundeskabinetts verliefen in der Ära Adenauer nicht selten turbulent, waren geprägt von Auseinandersetzungen der Minister untereinander oder scharfen Zurechtweisungen durch den Bundeskanzler höchstpersönlich. Zum Leidwesen der Historiker geben die amtlichen Aufzeichnungen der Sitzungen hierüber wenig Aufschluss, wurden sie doch größtenteils als komprimierte Verlaufsprotokolle angefertigt, die den Gang der Diskussionen nur ansatzweise wiedergeben, ganz zu schweigen von der menschlichen Erregung, die manch erhitzte Debatte begleitet haben mag.

Glücklicherweise zogen aber gerade die kontroverseren Sitzungen oft einen Schriftverkehr nach sich, der die Überlieferung der Protokolle ergänzt und vertieft. Ein schönes Beispiel hierfür ist das Schreiben Adenauers an Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard vom 14. März 1950, verfasst nur wenige Stunden nach einer Vormittagssitzung des Kabinetts von 9.30 bis 13.45 Uhr. Die Runde hatte sich unter anderem mit der Vergabe von Investitionskrediten in Höhe von 300 Millionen DM befasst, die zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den strukturschwachen Ländern Bayern, Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein eingesetzt werden sollten. Die Verteilung der Mittel aus dem „300-Millionen-Schwerpunktprogramm“ der Bundesregierung war durchaus umstritten; es regte sich der Zorn der Zukurzgekommenen. Insbesondere die Hansestadt Hamburg kämpfte um die Berücksichtigung bei der Kreditausschüttung zwecks Förderung ihrer Werftindustrie. Am 3. März hatte sich Bürgermeister Max Brauer in öffentlicher Rede darüber beschwert, dass „die größte, die bedeutendste Stadt der Bundesrepublik“ in dem Arbeitsbeschaffungsprogramm nicht berücksichtigt worden war. Diese mit hanseatischer Bescheidenheit vorgetragene Beschwerde wurde kurz darauf noch flankiert durch eine schriftliche Intervention des Wirtschaftssenators Karl Schiller, der sich bei Adenauer über die Vernachlässigung der Schiffswerften beklagte und die Gesamtkonzeption des Arbeitsbeschaffungsprogramms als schlicht unbegreiflich bezeichnete.

, 14. März 1950

*Personlich*

Herrn  
Bundesminister Prof. Dr. Erhard  
Bundesministerium für Wirtschaft  
B o n n  
-----

Sehr geehrter Herr Bundesminister!

In der heutigen Kabinetts-Sitzung habe ich mein Bedauern darüber aussprechen müssen, dass ein Vertreter des Wirtschaftsministeriums gegenüber Pressevertretern erklärt habe, das Wirtschaftsministerium sei dafür eingetreten, dass Hamburg eine grössere Zuteilung für seine Schiffswerften gemacht werde. Es sei aber gegenüber den anderen Ministerien nicht durchgedrungen. Soeben finde ich in der "Welt" den beigefügten Artikel (Versicherungsaufsicht beansprucht). Es ist völlig unmöglich und für die Autorität der gesamten Bundesregierung vernichtend, wenn derartige Meinungsverschiedenheiten in der Öffentlichkeit ausgetragen werden. Ich bitte um Feststellung, wer für diese Äusserung verantwortlich ist.

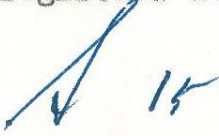
Politisch pikant war nun, dass man im Wirtschaftsministerium die Argumentation der Hamburger übernahm und damit gegen das Kanzleramt Stellung bezog. Den Dissens nur ansatzweise preisgebend, vermerkt das Protokoll der Kabinettsitzung vom 14. März 1950 hierzu: „Bei der Besprechung weist der Bundeskanzler auf das Verhalten des Bundeswirtschaftsministeriums hin, das auch eine Unterstützung der Stadt Hamburg [...] gefordert habe.“ In seinem Schreiben an Erhard wurde Adenauer expliziter und hielt noch einmal ausdrücklich fest, er habe in der Sitzung sein „Bedauern darüber aussprechen müssen“, dass ein Vertreter des Wirtschaftsministeriums den Förderanspruch der Werftindustrie sogar öffentlich unterstützt habe.

Hinter der Angelegenheit verbarg sich ein handfester Grundsatzkonflikt: Adenauer versprach sich von dem Kreditprogramm rasche beschäftigungspolitische Erfolge, er strebte nach einer spürbaren Minderung der drückenden Arbeitslosigkeit (fast zwei Millionen Menschen im Februar 1950) und wollte die Mittel gezielt in Flächenländern mit hoher Flüchtlingsquote einsetzen, um die ökonomische Integration der Vertriebenen voranzutreiben. Erhard, der sich

aus ordnungspolitischen Gründen mit staatlich aufgelegten Konjunkturprogrammen schwertat, hatte das Maßnahmenpaket hingegen nur unter Druck und eher lustlos ausgearbeitet. Wie die Dinge nun einmal lagen, wollte er die Kredite aber weniger für „Notstandsarbeiten“ verwendet sehen, die den Arbeitsmarkt nur vorübergehend beleben und nicht zur dauerhaften Gesundung beitragen würden, sondern im Sinne von Investitionen in den Aufbau grundlegender ökonomischer Strukturen – daher seine Sympathien für die Förderung der hanseatischen Werftindustrie. In dieser speziellen Angelegenheit sollte er freilich eine Niederlage erleiden; am 17. März lehnte das Kabinett den Hamburger Wunsch nach Aufnahme in das Programm mehrheitlich ab.

Allgemein darf ich folgende Bitte aussprechen.  
Tragen Sie doch dafür Sorge, dass sich Ihr Ministerium  
als ein Teil der gesamten Regierung fühlt. Ich rechne  
nämlich darauf, dass die in der heutigen Kabinetts-Sitzung  
besprochene Zusammenarbeit der verschiedenen Ministerien  
zur Aufstellung eines wirtschaftlichen Programms in  
kürzester Zeit führt.

Mit vorzüglicher Hochachtung

  
(Adenauer)

Adenauers Rüge betraf aber nicht nur die sachliche Frage der Verteilung von Mitteln aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm. Sie kann sogar mehr noch als eine Art politische Stilkritik gelesen werden, als Hinweis auf administrative Defizite im Wirtschaftsressort, die dem Kanzler ein Dorn im Auge waren. Adenauer, seit jeher Anhänger einer straff organisierten Verwaltung und aktenkundig bis ins letzte Detail, sah in Erhard, der einen recht lockeren Führungsstil pflegte, einen nachlässigen Behördenleiter, aus dessen Haus eine dissonante Stimmenvielfalt ertönte, die einer geschlossenen Politik abträglich sein musste. Seine Beschwerde darüber, dass sich ein Sprecher öffentlich zur Frage der Schiffswerften geäußert hatte, seine Bitte gar, das Haus möge sich doch „als Teil der gesamten Regierung föhl[en]“, zielten genau in diese Richtung. Das akute Problem der Massenarbeitslosigkeit sollte sich bald von selbst erledigen,

als die ökonomische Gründungskrise der Bundesrepublik überwunden und von den immensen Wachstumsraten der „Wirtschaftswunderjahre“ abgelöst wurde. Dabei spielte das Arbeitsbeschaffungsprogramm von 1950, dessen Abwicklung nur unzulänglich anlief, keine bedeutende Rolle mehr. Der Konflikt hierüber zeigt aber, wie sich die Spannungen zwischen Adenauer und Erhard, die Jahre später in offene Gegnerschaft umschlagen sollten, schon in der Frühzeit der gemeinsamen Regierungsarbeit herausgebildet haben.

Text: Holger Löttel

Quelle: StBKAH III/21